

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Ein **schönes Zuhause für Senioren** wird auf Seite 2 besucht. Darüber hinaus wird über die **herausragende Präsentation des Vogtlands auf der diesjährigen ITB** berichtet.

In seinem Kommentar auf Seite 2 erinnert Rolf Schwanitz daran, dass **nicht nur Herr Zumwinkel, sondern auch Herr Gysi Erfahrungen mit Liechtensteiner Konten hat.**

Wir im Vogtland ist das Motto auf Seite 3. Daneben ist die **Vereinfachung von Vaterschaftsfeststellungen** hier Thema.

Auf Seite 4 **wirbt Rolf Schwanitz für Organspendeausweise**, denn sie retten Leben.

Erneut rief Rolf Schwanitz die Stadt Plauen auf, sich am **Bundesprogramm "Kommunal-Kombi"** zu beteiligen. Mehr dazu auf Seite 4.

Gerhard Schröders Agenda 2010 wird auf Seite 5 **aus der heutigen Sicht des Sachverständigenrates** bewertet.

Auf der letzten Seite geht es um das sogenannte **Sozialistische Bürgergeld**. Außerdem machen sich die **frechen Strolche** hier Gedanken über die **Arbeitsteilung in der Stadt Plauen**. Und selbstverständlich sind auf Seite 6 auch wieder die Termine der nächsten **Bürger-sprechstunden** zu finden.

5 Jahre Agenda 2010 - Mehr Wachstum und Beschäftigung



Dies war das am 14. März 2003 - also vor fünf Jahren - von Gerhard Schröder verkündete Ziel seiner Agenda 2010. Er reagierte mit seinen tiefgreifenden Reformvorschlägen auf die wirtschaftlich immer schwierigere Lage, die sich Ende 2002 abzeichnete. Die Krise war unübersehbar: Die Haushalte von Bund, Ländern und insbesondere der Gemeinden waren in einer sehr prekären Lage. Die Wirtschaft stagnierte und die Arbeitslosigkeit stieg an. Gleichzeitig konnten die Einnahmen der sozialen Sicherungssysteme die Ausgaben immer weniger decken. Da die Situation

nicht nur konjunkturelle, sondern vor allem strukturelle Ursachen hatte, war Mut gefragt, jetzt die überfälligen Reformen in Angriff zu nehmen. Die Sozialsysteme waren seit 50 Jahren praktisch unverändert geblieben und hatten durch Fehlanreize und steigende Lohnnebenkosten im Laufe der Zeit zu einer immer größeren Arbeitslosigkeit geführt. Die Agenda 2010 reichte von der Reform am Arbeitsmarkt, der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung über den Abbau von Steuervergünstigungen bis hin zur Modernisierung des Handwerksrechts. Entscheidend war auch, die schlimme Finanzlage der Kommunen in den Griff zu bekommen. Deshalb wurde ein kommunales Investitionsprogramm aufgelegt und die Finanz- und Investitionskraft der Städte und Gemeinden durch eine Reform der Gemeindefinanzen gestärkt. Der Weg der Agenda 2010 war hart und hat dem Land auch Veränderungen abverlangt. Die Erfolge des Reformprogramms (siehe auch Seite 5) sind heute jedoch unübersehbar: Die Wirtschaft wächst wieder. Seit 2005 ist die Arbeitslosigkeit um rund 30 Prozent gesunken, und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm dabei stärker zu als in früheren Jahren mit ähnlich hohem Wirtschaftswachstum. In der Gesetzlichen Krankenversicherung werden seit 2004 Überschüsse erzielt. Erstmals seit vielen Jahrzehnten hatte Deutschland im letzten Jahr wieder einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Und natürlich können in dieser Situation auch wieder Zuwächse verteilt werden. Deshalb freuen sich die Gewerkschaften - die früher zu den erbitterten Gegnern der Agenda 2010 gehörten - über die positiven Ergebnisse der Reform. Jetzt können sie endlich wieder ordentliche Tarifabschlüsse erzielen.



Rolf Schwanitz übernimmt Patenschaft

Pate für das Mehrgenerationenhaus

Die Zeiten, in denen alle Generationen einer Familie in einem Haus zusammenlebten, gehören leider der Vergangenheit an. Um trotzdem die Gemeinschaft von Jung und Alt zu ermöglichen und das Verständnis füreinander zu entwickeln, fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend so genannte Mehrgenerationenhäuser. Eines dieser Häuser wird unter Trägerschaft der Diakonie Plauen und des "Spiel-Spaß-Kindertreff e. V." in einem ehemaligen Ärztehaus am Albertplatz entstehen. Rolf Schwanitz begrüßt die Initiative der Diakonie, das Bundesprogramm auch im Vogtland umzusetzen. Auf Bitte des Direktors des Diakonischen Werkes Plauen, Dr. Denkwitz, wird Rolf Schwanitz als Pate für dieses Projekt zur Verfügung stehen.

Eine vogtländische Erfolgsgeschichte



Rolf Schwanitz mit Barbara Borchert und Michael Hecht am Stand des Tourismusverband Vogtland auf der ITB 2008

Am 6. März besuchte Rolf Schwanitz die vogtländischen Vertreter auf der ITB 2008. Am Stand des Tourismusverbandes Vogtland sprach er mit dessen Geschäftsführer Michael Hecht. Seit Jahren setzt sich Rolf Schwanitz für den Ausbau der touristischen Infrastruktur für Radfahrer im Vogtland ein. Daher ist es naheliegend, dass Michael Hecht ihm eine neue Präsentation des Touris-

musverbandes zu den Radwegen im Vogtland vorstellt. Inhalt sind darin u. a. der Elsteradweg und Rundtouren um Schöneck oder Klingenthal. Neu sind auch Kompaktangebote für Freizeitaktivitäten, tou-

ristische Highlights oder für Wellness und Entspannung. Hervorzuheben ist, dass die Radtouren vor Ort geprüft sind und die Broschüre Angaben zu Höhenprofilen macht. Interessant ist das natürlich für Mountainbiker, eine Zielgruppe, die zukünftig besonders angesprochen werden soll. Aber auch fami-

lienfreundliche Touren bietet das Vogtland. Neben dem Aktivthema Rad wirbt der Verband schon seit Jahren mit wunderschönen Wanderrouten. "Eine vogtländische Erfolgsgeschichte" entfährt es Rolf Schwanitz, denn der Vogtland Panoramaweg ist der drittlängste zertifizierte Wanderweg Deutschlands. "Während meiner Sommer-Radtour werde ich natürlich die neuen Angebote testen.", versprach Rolf Schwanitz nach seinem ITB-Besuch.



Auch die vogtländischen Staatsbäder präsentierten sich professionell auf der ITB 2008

Ein schönes Zuhause für Senioren

Der 29. Februar ist nicht nur ein seltener Tag, für die Bewohnerinnen und Bewohner des Altenpflegeheimes "Maria Magdalena" war es in diesem Jahr auch ein Tag zum Feiern. Am 1. März 2003 erfolgte der Umzug in den Ersatzneubau nach Weischlitz. Das helle, freundliche Haus verfügt auf zwei Etagen über 42 Wohnplätze in 34 Einzel- und 4 Doppelzimmern. Doch nicht nur die moderne Ausstattung, sondern vor allem die liebevolle Pflege und das abwechslungsreiche Veranstaltungsangebot für die Seniorinnen und Senioren vermitteln das Gefühl, hier einen schönen Lebensabend verbringen zu können. Grund genug, das 5-jährige Bestehen mit einer kleinen Feierstunde zu begehen. Zu den zahlreichen Gratulanten gehörte

auch der Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz. In seinem Grußwort sprach er den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seine Anerkennung für ihre tägliche Leistung aus und dankte dem Träger, der Diakonie Plauen, und der Leiterin des Heimes, Frau Klebert, für das vorbildliche Engagement. Das Maria-Magdalena-Haus sei ein hervorragendes Beispiel für die Verbindung qualitativ hochwertiger Pflege mit der Vermittlung von

Geborgenheit unter dem Dach der sozialen Pflegeversicherung. Damit setze die Diakonie Maßstäbe in der Pflege. Während sich die Gäste anschließend noch zu einem kleinen Stehbuffet zusammenfanden, ließen die Seniorinnen und Senioren die Feier bei Kaffee und Kuchen ausklingen.



Das Altenpflegeheim "Maria Magdalena"

Kurz kommentiert

PDS macht den Bock zum Gärtner

Die allgemeine Entrüstung war groß über Zumwinkels Konten in Liechtenstein. Und sie kamen der PDS gerade recht im laufenden Wahlkampf. Also stieg Herr Gysi auf die Tribünen in Hessen und in Hamburg und geißelte in seiner schnoddrig-arroganten Art den gierigen Kapitalisten, der dem Staat die Steuern hinterzieht. Damit kein Missverständnis bleibt: Zumwinkel gehört für sein Tun hinter Schloss und Riegel, und ich hoffe, wir kriegen auch die anderen, denn Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Aber wenn sich Gysi und die PDS hier zum Ankläger aufschwingen, dann wird der Bock zum Gärtner gemacht. Sie sollten sich lieber an ihre eigenen Taten zurückerinnern: Ich meine die Trauergeschichte um das verschobene SED-Partei- Vermögen. Einen zweistelligen Milliardenbetrag hatte die frühere Staatspartei in 40 Jahren DDR zusammengerafft. Nur rund eine Milliarde davon konnte Mitte der 90er Jahre noch sichergestellt werden. Der Rest floss Anfang 1990 und danach in dunkle Kanäle. Und die PDS arbeitete dabei mit allen Tricks und Täuschung. Geldtransfers ins Ausland und Liechtensteiner Schwarzgeldkonten gehörten ebenso dazu wie dubiose Kreditvergaben und tausende von Firmengründungen für verdiente SED-Genossen. Und natürlich verweigerten Gysi und Co. darüber jede Auskunft vor der eingesetzten Untersuchungskommission. Zur gleichen Zeit hatte die Bundesrepublik jedoch die SED-Opfer zu entschädigen, aber selbstverständlich aus Steuermitteln. Solange die PDS nicht wenigstens ansatzweise beginnt, ihren Raub am Volksvermögen der Ostdeutschen kritisch zu reflektieren, kann von einer Erneuerung dieser Partei keine Rede sein.

Rolf Schwanitz

Wir im Vogtland

Unter diesem Motto stand der Unterbezirksparteitag der vogtländischen SPD am 1. März in der Festhalle Plauen. Rolf Schwanitz gehörte neben dem Sächsischen Generalsekretär Dirk Panter und dem Sächsischen Juso-Vorsitzenden Holger Mann zu den prominenten Gästen des Parteitags. Holger Mann lobte in seinem Grußwort Rolf Schwanitz für sein landesweites Engagement im Kampf gegen rechtsextreme Tendenzen, insbesondere im Rahmen des Projektes "Endstation Rechts". Die Delegierten hatten an diesem Tag ein volles Programm. Zum einen galt es, einen neuen Vorstand zu wählen. Im Ergebnis sind 4 von 9 Vorstandsmitgliedern Jusos, was Rolf Schwanitz besonders begrüßte. Zum Vorstand gehören neben dem Vorsitzenden Lutz Kätzel u. a. auch der Landtagsabgeordnete Enrico Bräunig

und der Reichenbacher Oberbürgermeisterkandidat Uwe Kukutsch. Zur Sache ging es dann bei der intensiven Diskussion des Kommunalwahlprogramms. Nach Abstimmung über zahlreiche Änderungsanträge wurde es einstimmig beschlossen, ebenso wie ein Antrag der Jusos, gegen

rechtsextreme Läden und Gaststätten im Vogtland aktiv zu werden. Das größte Interesse fand jedoch die Nominierung des Landratskandidaten. Mit ihrem Vorsitzenden Lutz Kätzel wird die vogtländische SPD einen eigenen Bewerber um das Amt des Landrates ins Rennen schicken.



Lutz Kätzel (Bildmitte) mit seinen beiden Stellvertretern Enrico Bräunig MdL und Uta Böddiker

Kurz gemeldet

Chefredakteur Dieter Soika freigestellt

Von ihren Lesern weitgehend unbemerkt, hat die Chemnitzer "Freie Presse" ihren Chefredakteur Dieter Soika wegen unüberbrückbarer Auffassungen über die redaktionelle Konzeption freigestellt, wie die Nachrichtenagentur dpa mitteilte. Er steht inzwischen nicht mehr im Impressum der Tageszeitung. Die Geschäftsführung der "Freien Presse" wollte sich offiziell zu der Trennung nicht äußern. Soika stand seit 1998 an der Spitze der "Freien Presse", die zum konservativen Medienkonzern Medien Union GmbH aus Ludwigshafen gehört. Die kommissarische Redaktionsleitung übernahm der bisherige Stellvertreter Udo Lindner. Wir wünschen viel Erfolg.

Medizinische Forschung ermöglichen

Derzeit berät der Deutsche Bundestag über eine Änderung des Stammzellgesetzes. Dabei geht es um die Frage, ob und in welchen Grenzen in Deutschland die Forschung mit importierten embryonalen Stammzellen zugelassen werden soll. Bisher kann an diesen Zellen geforscht werden, wenn sie vor dem 1.1.2002 (Stichtag) gewonnen wurden und aus dem Ausland stammen. Inzwischen sind diese Zellen aber zu alt und deshalb für die Forschung kaum noch zu verwenden. Rolf Schwanitz tritt deshalb für eine Verschiebung des Stichtags auf den 1.5.2007 ein und wird den entsprechenden Antrag unterstützen. Dazu erklärte er: "Durch eine Verschiebung des Stichtags bleiben wichtige Forschungsarbeiten auf medizinischem Gebiet weiterhin möglich, ohne den Schutz des ungeborenen Lebens zu vernachlässigen."

Feststellung der Vaterschaft einfacher

Der Deutsche Bundestag hat Ende Februar das "Gesetz zur Klärung der Vaterschaft unabhängig vom Anfechtungsverfahren" beschlossen. Damit wird die genetische Feststellung, von wem ein Kind abstammt, unabhängig von der Anfechtung der Vaterschaft ermöglicht. Väter erhalten dadurch die Möglichkeit, vergleichsweise unkompliziert die Abstammung eines Kindes klären zu können. Nach derzeitiger Rechtslage kann ein Vater die Abstammung eines Kindes im Streitfall nur dadurch klären, dass er gleichzeitig gerichtlich gegen seine Vaterschaft unter Darlegung objektiver Zweifel vorgeht. Durch einen derartigen Schritt werden jedoch oft die Auseinandersetzung in der Familie intensiviert. Auf der anderen

Seite sind heimliche Vaterschaftstests, nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, als Beweismittel vor Gericht nicht zugelassen. Das Bundesverfassungsgericht hatte den Gesetzgeber aufgefordert, bis zum 31.3.2008 ein vereinfachtes Verfahren zur Feststellung der Abstammung zu schaffen. Diesem entspricht nun der verabschiedete Gesetzentwurf.

Er sieht vor, den Familienmitgliedern (rechtlicher Vater, Mutter, Kind) einen Anspruch auf Einwilligung in eine genetische Abstammungs-

untersuchung und auf Duldung der Entnahme einer für die Untersuchung geeigneten Probe einzuräumen. Sollten die Betroffenen nicht einwilligen, so kann der Anspruch in einem familiengerichtlichen Verfahren durchgesetzt werden. Ein Betroffener soll bei entsprechendem Ergebnis die Vaterschaft innerhalb von zwei Jahren anfechten können.



© Rainer Sturm/PIXELIO

Organspendeausweis rettet Leben



land warten derzeit etwa 12.000 Menschen dringend auf eine Organ-spende, weil eines ihrer eigenen Organe seine Aufgaben nicht mehr erfüllen

Jeder kann plötzlich durch eine schwere Erkrankung oder einen Unfall auf ein fremdes Organ angewiesen sein. Dann ist das eigene Leben von der Hilfsbereitschaft anderer Menschen abhängig. Obwohl in Deutschland in den vergangenen vier Jahren die Zahl der Organspender um über 20 Prozent gestiegen ist, kann leider immer noch nicht jedem Patienten geholfen werden. In Deutsch-

kann. Und im Durchschnitt sterben an jedem Tag drei Patienten, weil für sie nicht rechtzeitig ein Spenderorgan zur Verfügung steht. Um anderen Mitmenschen ein Überleben zu ermöglichen, ruft Rolf Schwanitz dazu auf, sich zur Organ-spende im Todesfall bereitzuerklären. "Wir sollten nicht vergessen, dass jede Organspende Menschenleben rettet. Das darf nicht erst wichtig sein, wenn

man selbst ein Organ braucht. Deshalb trage ich selbst seit vielen Jahren einen Organspendeausweis bei mir.", sagte Schwanitz. Auf seiner Homepage www.rolf-schwanitz.de bietet er Interessierten an, Ihnen kostenlos einen Organspendeausweis zuzusenden.

Fragen zum Thema Organ-spende beantworten fachkundige Berater des Infotelefon Organspende. Das Infotelefon ist eine gemeinsame Einrichtung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und der Deutschen Stiftung Organ-transplantation und ist kostenlos unter der Rufnummer 0800-9040400 erreichbar. Weitere Informationen unter www.organspende-info.de und www.dso.de.

Alltag vor 20 Jahren:

Friedensmanifestation der Frauen und Mädchen

Am kommenden Dienstag, dem Internationalen Frauentag, findet um 15.30 Uhr auf dem Theatervorplatz die Friedensmanifestation der Plauerer Frauen und Mädchen statt. Es spricht Genosse Werner Schweigler, Mitglied der Bezirksleitung der SED und 1. Sekretär der SED-Kreisleitung. Alle Frauen und Mädchen sind aufgerufen, sich an dieser Manifestation zu beteiligen, damit ihren festen Willen zum Frieden zu bekunden.

Quelle: Freie Presse, 5.3.1988

Kurz gemeldet

Jugendfreiwilligendienste gestärkt

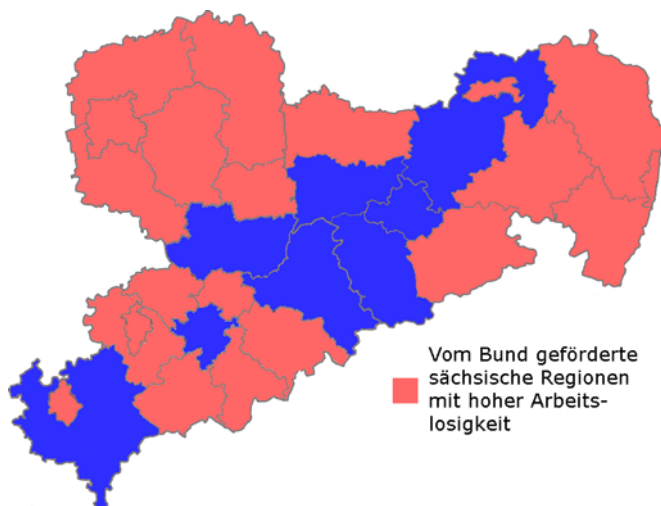
Gestern verabschiedete der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten. Damit sollen die Rahmenbedingungen für die Freiwilligendienste verbessert und das freiwillige soziale Jahr (FSJ) und freiwillige ökologische Jahr (FÖJ) zusammengeführt werden. Um den Interessentenkreis für ein FSJ oder FÖJ zu erweitern und die Vereinbarkeit mit verschiedenen Lebenssituationen der jungen Menschen zu verbessern, sollen die Dienste stärker flexibilisiert werden. In- und Auslandsdienste können miteinander kombiniert und mehrere Dienste nacheinander absolviert werden. Die Regeldienstdauer beträgt 12 Monate, die Mindestdienstdauer sechs und die Höchstdienstdauer 18 Monate, in Ausnahmefällen jedoch auch bis zu 24 Monate. Für Rolf Schwanitz war wichtig, dass mit dem Beschluss die Jugendfreiwilligendienste als Bildungs- und Lernorte und besondere Formen des bürgerschaftlichen Engagements weiterentwickelt werden und zugleich ihre Qualität verbessert wird.

Schwanitz begrüßt Kofinanzierung

Schon seit dem 1. Januar 2008 fördert der Bund in strukturschwachen Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Langzeitarbeitslose. Unter den vom Bund geförderten Regionen ist auch die Stadt Plauen, der in diesem Jahr vom Bund bis zu 1,86 Millionen Euro für die Schaf-

fung von 194 Arbeitsplätzen zur Verfügung stehen. Rolf Schwanitz begrüßt den gestrigen Beschluss der sächsischen Landesregierung, davon 135 Arbeitsplätze mit weiteren 350.000 Euro pro Jahr zusätzlich zu fördern. Schwanitz sagte dazu: "Ich freue mich, dass die Landesregierung das Bundesprogramm kofinanzieren will. Ich hätte

mir aber auch gewünscht, dass sich die Landesförderung auf alle förderfähigen Arbeitsplätze erstreckt." Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz ruft die Stadt Plauen erneut dazu auf, das Angebot zu nutzen und das Programm zügig umzusetzen. Schwanitz erläuterte: "Mit dem Bundesprogramm 'Kommunal-Kombi' kann die Stadt Plauen viele gemeinwohlorientierte Tätigkeiten durchführen und gleichzeitig Langzeitarbeitslosen wieder Perspektiven geben. Es wird Zeit, dass die Stadt Plauen entscheidet, ob und wie die Fördermittel genutzt werden sollen. Bereits Ende September könnte die nicht in Anspruch genommene Förderung des Bundesprogramms auch anderen Regionen zugeteilt werden." Weitere Informationen gibt es unter: www.kommunikombi.bund.de



Gerhard Schröders Agenda 2010 aus der heutigen Sicht des Sachverständigenrates

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage ist für die Politik in aller Regel kein bequemes Gremium. Normalerweise gibt es durch die Wirtschaftsweisen neben fundierten ökonomischen Analysen harsche Kritik an der Regierungspolitik. Versäumnisse werden aufgezeigt und zügiges Handeln angemahnt. Gerade deshalb ist die gesamtwirtschaftliche Bewertung der Wirkung der Agenda 2010 durch den Sachverständigenrat von besonderem Interesse. Hier urteilt unabhängiger Sachverständiger. Die viel gescholtene und seit 2005 von fast allen bekämpfte Reform aus der Zeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder erhält eine bemerkenswert positive Beurteilung. Hier einige Auszüge aus dem aktuellen Jahresgutachten 2007/2008:

„Die gute Verfassung der deutschen Volkswirtschaft ist nicht nur das Ergebnis der zu Beginn des Jahres 2005 einsetzenden zyklischen Erholung, sondern auch eine Folge tief greifender und viele Bereiche umfassender Anpassungsprozesse an den gestiegenen Wettbewerbsdruck auf den globalen Güter- und Faktormärkten. Die Politik hat mit zum Teil sehr weitreichenden Reformen auf den Feldern der Besteuerung, des Arbeitsmarkts und der Sozialen Sicherung zum **wirtschaftlichen Comeback** Deutschlands beigetragen, ebenso wie dies die Unternehmen mit einer Verschlankung ihrer Organisationsstrukturen und einer Bereinigung ihrer Bilanzen getan haben. Nicht zuletzt gilt dies für die Tarifvertragsparteien, die mit moderaten und flexiblen Lohnvereinbarungen einen wichtigen Beitrag zu

der deutlichen Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen geleistet haben. Ende des Jahres 2007 ist der Wirtschaftsstandort Deutschland wesentlich besser positioniert, als dies zur Zeit der letzten Aufschwungphase der Fall war. ...

Viele dieser Entwicklungen gehen zumindest mittelbar auf noch in der vorangehenden Legislaturperiode



Gerhard Schröder stellte am 14.3.2003 seine Agenda 2010 im Deutschen Bundestag vor © Deutscher Bundestag

ergriffene Politikmaßnahmen zurück. Daher wird im Kontext der Diskussion über die Natur der jüngsten wirtschaftlichen Belebung mit dem Begriff der **Reformdividende** operiert als dem Ertrag bisheriger Strukturreformen, die man als Investition in die Wachstumsperspektiven der deutschen Volkswirtschaft verstehen kann. Eine solche Dividende - vorhanden als ein höheres Potenzialwachstum, eine niedrigere Beschäftigungsschwelle, ein Abbau der persistenten Arbeitslosigkeit, solider

finanzierte Sozialversicherungen und strukturell ausgeglichene öffentliche Haushalte - schlägt sich nicht zuletzt in größeren Handlungsspielräumen bei der Verfolgung wirtschafts- und sozialpolitischer Ziele nieder. ...

Die aufgeführten Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt, in den Systemen der Sozialen Sicherung und bei der Lage der öffentlichen Haushalte sowie die deut-

lich gestiegene Attraktivität des Wirtschaftsstandorts sind aber Befunde, die nicht allein durch zyklische Faktoren erklärt werden können, sondern sind deutliche Hinweise darauf, dass es eine Reformdividende gibt. Für die Bürger besteht diese Reformdividende in einem steigenden Beschäftigungsgrad, sichereren

Arbeitsplätzen und verbesserten Einkommensperspektiven und für die Unternehmen in nachhaltig verbesserten Standortbindungen. Der Politik erwächst daraus eine wiedergewonnene finanzpolitische Handlungsfähigkeit, die es erlaubt, in einer künftigen konjunkturellen Schwächephase - anders als in den Jahren 2002 bis 2005 - antizyklisch zu reagieren und die Wirkung der automatischen Stabilisatoren nicht durch Abgabenerhöhungen oder Leistungskürzungen beschneiden zu müssen.“

Kurz gemeldet

Ostdeutsche Industrie wächst stabil

Das verarbeitende Gewerbe in den neuen Ländern hat im Jahr 2007 weiter zugelegt. So stieg der Umsatz mit 10,3 Prozent deutlich stärker als in den alten Ländern (6,6 Prozent). Gleichzeitig erhöhte sich die Anzahl der Betriebe um 1,6 Prozent (1,2 Prozent West). Außerdem hat sich die Anzahl der Beschäftigten um 4,0 Prozent (1,3 Prozent West) erhöht. Ebenfalls deutlich sind die Entgelte mit 6,6 Prozent (3,7 Prozent West) gestiegen. Und der Anstieg des Auslandsumsatzes um 14,9 Prozent (9,3 Prozent West) zeigt, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in den neuen Ländern sehr hoch ist. Ostdeutsche Unternehmen können im harten internationalen Wettbewerb nicht nur bestehen, sondern gewinnen Marktanteile hinzu.

Arzneimitteldaten zentral und transparent

Mit www.PharmNet.Bund.de entsteht derzeit ein integriertes Arzneimittel-Informationssystem, das die bundesweit vorliegenden amtlichen Daten im Rahmen der Zulassung/Registrierung bzw. Überwachung von Arzneimitteln in Deutschland zentral zur Verfügung stellt. Das Arzneimittel-Informationssystem umfasst Angaben zu den in Deutschland national, zu den im europäischen Verfahren zentral oder dezentral und zu ehemals zugelassenen bzw. verkehrsfähigen Arzneimitteln. Neben den administrativen Daten rund um die Zulassung von Arzneimitteln sind auch Fach- und Gebrauchsinformationen enthalten. Das Angebot soll kontinuierlich ausgebaut werden und trägt zur Verbesserung der Arzneimitteltransparenz bei.

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-22777937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708486
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch
im Internet:**

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

- 9.3.2008, 9 Uhr, Treffen
Initiativkreis BA-Plauen
- 11.3.2008, 10 Uhr, SPD-
Arbeitsgruppe Gesundheit
- 11.3.2008, 15 Uhr, SPD-
Bundestagsfraktion
- 12.3.2008, 10 Uhr, Ge-
sundheitsausschuss
- 12.3.2008, 14 Uhr, Anhö-
rung zum Masseur- und
Physiotherapeutengesetz
- 13.3.2008, 9 Uhr, Staatsakt
zum Tode von Annemarie
Renger
- 17.3.2008, 19 Uhr, Diskus-
sionsforum zum Thema Alt-
tenpflege in Hoyerswerda
- 18.3.2008, 18 Uhr, Lan-
desvorstand der SPD-
Sachsen in Dresden

**Die nächsten Bürger-
sprechstunden:**

- Plauen, Montag, den
31.3.2008, 13 bis 15 Uhr,
im Wahlkreisbüro von Rolf
Schwanitz, Freiheitsstr. 13
- Reichenbach, Montag, den
31.3.2008, 16 bis 17 Uhr,
im SPD-Büro, Weststr. 14

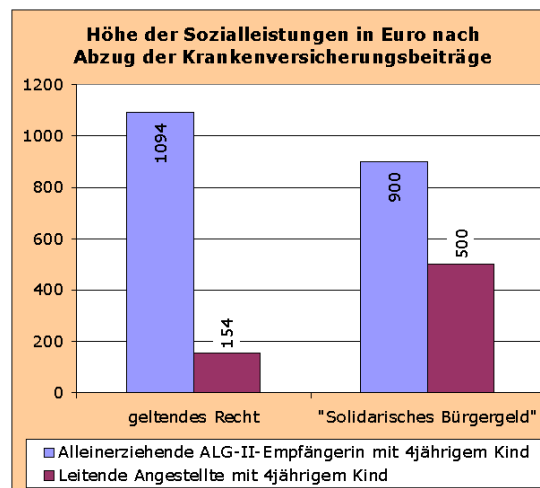
Unsozial & ungerecht

Schon seit einiger Zeit wird über ein bedingungsloses Grundeinkommen diskutiert. Es gibt inzwischen mehrere Modelle, so von Götz Werner (Chef der Drogeriemarktkette dm) den Grünen und der PDS. Auch der Thüringische Ministerpräsident Althaus (CDU) propagiert das bedingungslose Grundeinkommen. Sein Modell heißt "Solidarisches Bürgergeld" und wurde kürzlich bei einer CDU-Veranstaltung in Plauen beworben. Allen Modellen gemeinsam ist die Bedingungslosigkeit, d.h. jeder erhält das Grundeinkommen unabhängig von Bedürftigkeit oder

Ge-
genlei-
stungen.
Bei Alt-
haus
erhält
jeder,
der we-
niger
als
1600
Euro
mon-
atlich
ver-
dien-
t, ein

Bürgergeld von 800 Euro, muss aber eine Einkommensteuer von 50 Prozent zahlen. Oberhalb eines Monatseinkommens von 1600 Euro sinkt das Bürgergeld auf 400 Euro, und der Steuersatz liegt dann bei 25 Prozent. Kinder erhalten ein Bürgergeld von 500 Euro. Rentner bekommen außerdem abhängig von Beschäftigungsdauer und Lohnhöhe eine Zusatzrente von bis zu 600 Euro. Vom Bürgergeld muss immer eine Gesundheitsprämie von 200 Euro gezahlt werden. Die Krankenversicherung wird also auf eine "Kopfpauschale" umgestellt. Finan-

ziert wird das Modell im Wesentlichen durch die Abschaffung von 155 Sozialleistungen (u. a. ALG I + II, Kindergeld, Bafög, Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld). Erforderlich ist daneben ein neues Einkommensteuermodell, nämlich das bekannte Flat-taxmodell à la Kirchhof. Außerdem soll von den Arbeitgebern zur Finanzierung der Rentenleistungen eine Lohnsummensteuer von 12 Prozent erhoben werden. Auf den ersten Blick erscheint vielen Menschen das "Solidarische Bürgergeld" attraktiv. Ein Blick hinter die Kulissen offenbart jedoch gravierende



Ungerechtigkeiten: So wird das Grundprinzip des deutschen Steuerrechts - Zahlung nach Leistungsfähigkeit - umgekehrt. Statt eines progressiven Einkommensteuersatzes zahlen bei Althaus Geringverdiener den höchsten Steuersatz. Dazu kommt, dass mit einer Kopfpauschale von 200 Euro in der Krankenversicherung nur eine Grundversorgung sichergestellt werden kann. Teure Zusatzversicherungen wären nötig. Außerdem ist kaum vermittelbar, Gutverdienern staatliche Leistungen zu geben, während Bedürftige teilweise weniger als bisher bekommen

Freche Strolche



He Maxe haste scho gehört: De FDP wees noch nich, ob se `n Täschner unnen Eberwein bei der Bürgermeisterwahl unnerstützen!

Ja Moritz, d'r Eberwein soll uff'n Markt erst noch de Polter weghaun.

Das versteh i net Maxe!

Was verstehst'`n daran nich Moritz?

Na wenn de FDP in unner Stadt ewas zu meckern hat Maxe, dann braucht ses doch bloß dem Oberdorfer zu sachn. Der Oberbürgermeister kimmt doch in Plaua gerad von dr selm Partei!

Das is doch ganz einfach zu verstehn Moritz. Im Rathaus gib't's e klare Arbeitsteilung: Für die Erfolge is der Oberdorfer zuständig und für de Probleme der Täschner un der Eberwein.

Des is eichtlich e prima Sach, Maxe. Jedenfalls für'n Oberdorfer!

sollen. Durch die Entkopplung von Arbeit und Sozialleistungen gibt es zudem kaum noch einen Leistungsanreiz. Auch der Sachverständigenrat stellte dem "Solidarischen Bürgergeld" ein vernichtendes Zeugnis aus: Die Schließung der Finanzierungslücke von 227 Mrd. Euro würde "die vermuteten positiven ökonomischen Wirkungen schlicht in Luft auf (lösen)". Daneben würde das Althausmodell auch zu einer größeren Einkommensungleichheit führen. Dem bleibt wenig hinzuzufügen.